



Glück: Die Kernfrage des Atomausstiegs ist die Versorgungssicherheit

Der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Andreas Glück**, hat in einer Aktuellen Debatte des Landtags über die Atompolitik der Landesregierung vier Jahre nach dem Erdbeben und der damit verbundenen Nuklearkatastrophe von Fukushima nach den Konsequenzen für die Energiewende in Baden-Württemberg gefragt: „Ich finde es angebracht, darüber zu sprechen, was die Konsequenzen dieser Tragödie für unser Handeln sind.“ Der beschleunigte Atomausstieg sei beschlossene Sache und werde von allen Parteien mitgetragen, stellte Glück klar. Wer aus der Atomenergie aussteige, müsse aber auch in andere Energien einsteigen und sagen, wie er die Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleisten wolle.

An Umweltminister Franz Untersteller gerichtet sagte Glück: „Herr Minister, Sie haben im Oktober 2014 richtigerweise den Bayerischen Ministerpräsident Seehofer für die Blockade des Netzausbaus kritisiert und deutlich gesagt, sie seien nicht gewillt, unter dem Vorwand der Versorgungssicherheit wieder eine Debatte über die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zu führen. Jetzt frage ich, was tun Sie dafür, dass wir nicht wieder in diese Situation geraten?“. Der Zubau von gerade einmal 7 neuen Windenergieanlagen im Jahr 2014 bei gleichzeitigem Abbau von drei alten Anlagen biete keine ernsthafte Antwort auf die Frage der Versorgungssicherheit in Baden-Württemberg, zumal die witterungsabhängige Windkraft ohne Speicherkapazitäten keine gesicherte Kraftwerksleistung ersetzen könne. „Gerade bei den technischen Innovationen für Speicher und Energieeffizienz kann und muss Baden-Württemberg viel mehr tun, damit der Atomausstieg gelingt und drohende Versorgungslücken abgewendet werden. Verantwortliche Atompolitik bedeutet, dass man die Energiewende in Baden-Württemberg voranbringt - da ist Ihre Bilanz verheerend“, sagte Glück.